

# Volkswirtschaft Kompakt



Nr. 92, 4. November 2015

## Neues Kapital für griechische Banken

Autorin: Stephanie Schoenwald, Telefon 069 7431-6446, research@kfw.de

Mit der Rekapitalisierung der griechischen Banken steht eine wichtige Phase im dritten Hilfsprogramm bevor. Denn die Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Bankensektors und eine Normalisierung des Zahlungsverkehrs sind zentral für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Ursprünglich sollte dies spätestens bis zum 15. November erfolgen. Da die Bereitstellung der vollen 25 Mrd. EUR, die maximal für die Finanzinstitute zur Verfügung stehen, an den Abschluss des ersten Reviews gekoppelt ist, können die gesetzten Fristen nicht eingehalten werden. Dabei ist der Zeitdruck hoch.

### Neue Regeln – unerwünschte Folgen?

2016 tritt die neue EU-Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Finanzinstituten (BRRD) in Kraft. Dann ist die staatliche Stützung nur möglich, wenn zuvor ein Bail-In der Anteilseigner und Gläubiger in Höhe von mindestens 8 % der Bilanzsumme erfolgt ist. Die Haftungskaskade der BRRD soll sicherstellen, dass nach den zahlreichen Rettungsmaßnahmen seit der Finanzmarktkrise auch Kreditinstitute wieder für eigene Verluste haften und verstärkt der Disziplinierung

durch den Markt unterliegen. Langfristig kann dies im Idealfall die Finanzstabilität erhöhen und moral hazard reduzieren. Im konkreten Krisenfall können die Nachteile durch die Bindung an die neuen Regeln jedoch beträchtlich sein. Für Griechenland gilt, das aufgrund des geringen Volumens ausstehender Bankanleihen mit großer Wahrscheinlichkeit ungesicherte Einlagen über 100.000 EUR betroffen wären. Dabei soll es sich überwiegend um Gelder von kleinen und mittleren Unternehmen handeln. Aufgrund der erwarteten negativen Folgen des Bail-Ins für das Vertrauen der Einleger und das Wachstum sind die Bemühungen aller groß, die Rekapitalisierung noch 2015 abzuschließen.

### Wieviel Kapital wird benötigt?

Am Samstag hat die EZB die Ergebnisse des Asset Quality Reviews und des Stresstests für die vier marktbeherrschenden Kreditinstitute veröffentlicht. Daraus ergibt sich im Basisszenario ein Kapitalbedarf von 4,4 Mrd. EUR und im adversen Szenario von 14,4 Mrd. EUR. Die geforderten Beträge sind damit geringer als zunächst befürchtet. Bei näherer

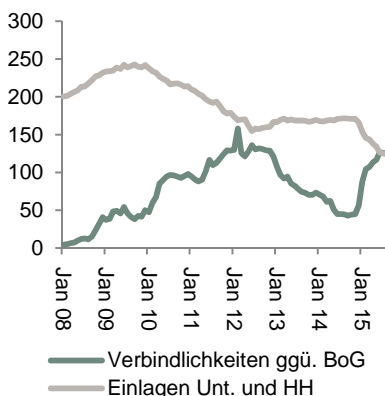
Betrachtung ist das Resultat jedoch gar nicht so überraschend: Schließlich liegt die letzte Überprüfung der Kapitalausstattung und Assetqualität gerade ein Jahr zurück. Damals konnten die Institute unter Berücksichtigung der Rekapitalisierungspläne die Anforderungen erfüllen. Auch die Kernkapitalquoten zwischen 8,7 und 12,6 % am Ende des ersten Quartals sprechen für eine akzeptable Ausgangssituation vor der dramatischen Entwicklung im Sommer.

### Nachhaltige Stabilisierung braucht mehr als neues Kapital

Es ist offensichtlich, dass die Krise der griechischen Banken erst endet, wenn das Vertrauen der Einleger zurückgewonnen wird (s. Grafik 1). Höhere Kapitalpuffer tragen dazu bei, auch weil die Stärkung der Bankensolvvenz den Spielraum für die Notenbankfinanzierung erhöht. Aber weitere Faktoren spielen eine bedeutende Rolle. Ziel muss es sein, das Bankensystem vom Insolvenzrisiko des griechischen Staates weit gehend zu isolieren. Unmittelbaren Einfluss hat hierauf das Exposure aus Krediten und Anleihen gegenüber dem eigenen Staat. Ein Blick auf Grafik 2 zeigt, dass dies in Griechenland bereits vergleichsweise gering ist. Es liegt bei 6 % der Bilanzsumme bzw. 23 Mrd. EUR. Diese Tatsache sollte bei der Weiterentwicklung der Währungsunion Beachtung finden; weil sie zeigt, dass neue regulatorische Maßnahmen zum Abbau von Staatsschulden in den Bankbilanzen möglicherweise nicht ausreichen, um einem massiven Vertrauensverlust vorzubeugen.

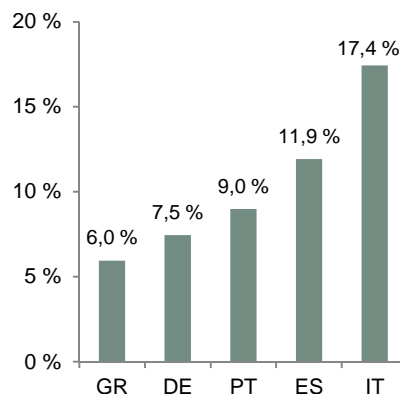
Daher spricht vieles dafür, die Bankenunion zu einem einheitlichen Bankenmarkt fortzuentwickeln, in dem sich grenzüberschreitend agierende Institute etablieren. Deren Refinanzierungsfähigkeit hinge nicht von der wirtschaftlichen Lage in einem Mitgliedsstaat ab. In Griechenland böte sich die mittelfristig anstehende Privatisierung der vier großen Banken an, um einen Schritt in diese Richtung zu gehen: durch Verkauf an Institute aus anderen Mitgliedsländern. ■

**Grafik 1: Einlegern fehlt Vertrauen**  
(in Mrd. EUR)



Quelle: Bank of Greece.

**Grafik 2: Forderungen MFI ggü. dem eigenen Staat**  
(in Prozent der Bilanzsumme)



Quelle: Nationale Zentralbanken, EZB, eigene Berechnungen.